

Antrag

öffentlich

Datum

24.05.2017

Nummer

A0101/17

Absender

SPD-Stadtratsfraktion

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Herr Schumann

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

08.06.2017

Kurztitel

Quartiersvereinbarung Neue Neustadt

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob zur Entwicklung des Stadtteils Neue Neustadt eine Quartiersvereinbarung für das Gebiet *Bebertaler Straße – Lübecker Straße - Mittagstraße – Magdeburger Ring* sinnvoll ist.

Begründung:

Mit dem Stadtumbauprogramm Ost wurde der Stadtteil Neue Neustadt als innenstadtnahes Umstrukturierungsgebiet ausgewiesen, um dort die Lebens-, Wohn- und Arbeitsqualität nachhaltig zu verbessern. Im Zuge dessen wurden u.a. Wohngebäude im Bereich der Umfassungsstraße abgerissen, Umgestaltungs- und Aufwertungsmaßnahmen rund um den Moritz- und Nicolaipplatz vorgenommen und ein Geschäftsstraßenmanagement eingeführt. Die Maßnahmen sollten dazu beisteuern, Investoren, Gewerbetreibende, Kunst- und Kulturschaffende sowie neue Stadtteilbewohner anzuziehen.

Die aktuellen Entwicklungen zeigen jedoch auf, dass dies bisher nur partiell gelungen ist. Aus dem Stärken-Schwächen-Profil des Integrierten Stadtteilentwicklungskonzeptes 2025 (DS0066/17) geht klar hervor, welche Probleme es fortwährend in Neue Neustadt gibt und welche Risiken, vor allem für die städtebauliche Entwicklung, die Wohnqualität und das wirtschaftliche Fortkommen des Stadtteils, daraus erwachsen.

Das Image als unwirtschaftliche und unattraktive Wohngegend verfestigt sich zunehmend und führt dazu, dass private Investoren fern- und damit Neuansiedlungen ausbleiben. Besonders wahrnehmbar ist dies im Bereich der Umfassungsstraße, der sich zunehmend durch nicht standortangepasste Wohn- und Gewerbeansiedlungen zum sozialen Brennpunkt (Milieubildung) herausbildet und einen hohen Sanierungsbedarf bei den vorhandenen Gebäuden aufweist.

Hinzu kommt, dass der Stadtteil in seinen zentralen Bereichen über viele kleine Flächen und ausgedehnte Brachen verfügt, die dringend einen Neuordnungsbedarf haben. Um hier eine geordnete städtebauliche Entwicklung und Sicherung einer angemessenen Wohnqualität zu erwirken, soll geprüft werden, ob eine Quartiersvereinbarung sinnvoll wäre.

Jens Rösler
Fraktionsvorsitzender